Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht aus Washington

Obwohl ein vorwiegend sachlicher Beobachter der amerikanischen Politik sagen müßte, daß Präsident *Eisenhower* die besseren Aussichten hat, wiedergewählt zu werden, ist das Wettrennen noch keineswegs entschieden. Es ist sogar möglich, daß der Endkampf sehr hart sein wird. Der demokratische Kandidat *Adlai Stevenson* hat auf alle Fälle eine Chance zu siegen, wenn die Demokraten im Kampf ihr Letztes hergeben.

In vielen Beziehungen handelt es sich um einen sehr seltsamen Wahlkampf. Der Präsident und Gouverneur Stevenson sind «Gemäßigte». Ihre Ideologien sind in mancher Hinsicht so wenig verschieden, daß sie sich mitten auf dem Weg anzustoßen scheinen. Beide verkünden, nach ihrer Ansicht seien die USA am Ende einer Epoche angelangt, und es beginne jetzt ein neues Zeitalter; beide behaupten, ihr Denken und Handeln sei auf die Zukunft ausgerichtet. Beide vertreten politische Parteien mit ernsten inneren Spaltungen.

Ein weiteres Kennzeichen des Wahlkampfes ist der Mangel an scharf umstrittenen Programmpunkten, über welche sich die Parteien und Kandidaten in die Haare geraten, und welche die Wählermassen in einen hitzigen Wahlkampf reißen können. Es gibt natürlich ein paar solche Punkte: «Schwache Stellen» in der nationalen Wirtschaft, besonders bei den Farmern und kleinen Geschäftsleuten, aber auch in einzelnen Sektoren der Industrie; Fragen, welche die natürlichen Hilfsquellen betreffen, besonders den Ausbau der Anlagen zur Gewinnung elektrischer Kraft; die Behauptung, daß die Regierung Eisenhower beherrscht werde von «big business»-Leuten; schließlich das schwer zu fassende Problem der Rechte der Minderheiten. (Dieses steht in verschiedenen großen Staaten drohend im Hintergrund, da eine Verschiebung bei der Stimmabgabe der Neger einen entscheidenden Faktor bilden könnte.)

Eisenhowers Gesundheit ein wichtiger Gesichtspunkt

Keine der angeführten Streitfragen ist für die Masse der Wähler auch nur annähernd so wichtig wie etwa vor vier Jahren der Krieg in Korea, die Anklage, daß in der Regierung Kommunisten sitzen oder das fadenscheinige Argument, daß es nach 20 Jahren demokratischer Herrschaft Zeit sei, einmal zu wechseln. Das einzige Thema, das heute alle Wähler gleichermaßen beschäftigt, ist Eisenhowers Gesundheit.

Da ist ein Mann, der das schwerste Amt in der Welt trägt, der nach einer Herzattacke und einer gefährlichen Unterleibsoperation gewillt ist, eine weitere Amtsperiode auf sich zu nehmen. Wenn er sie überlebt, wird er der älteste sein, der je das Amt des Präsidenten bekleidet hat. Es ist eine Tatsache, daß er sich erstaunlich gut erholt hat und heute den Eindruck eines recht kräftigen Mannes macht. Und doch geben selbst seine unentwegtesten Bewunderer zu, daß die Geschichte seiner Krankheit und sein zunehmendes Alter sie mit Sorge erfüllen.

Die erneute Nomination Nixons für die Vizepräsidentschaft bildet natürlich einen integrierenden Bestandteil bei der Einschätzung der Gesundheit des Präsidenten. Nur wenige verhalten sich dem Vizepräsidenten gegenüber neutral.

Nixon flößt entweder Bewunderung und Hingabe oder heftige Abneigung ein. Viele würden bestimmt Eisenhower gerne zu einer weiteren Amtsperiode verhelfen, zögern aber, weil Nixon wiederum Vizepräsident würde. Bedenkt man, daß das Alter und die Krankheitsgeschichte des Präsidenten eine Nachfolge Nixons wahrscheinlicher machen als in normalen Fällen, begreift man, daß diese Möglichkeit für viele abschreckend wirkt.

Das ist tatsächlich der Punkt, um den sich in diesem Wahlkampf alles dreht. Stevenson ist klug genug, die Gesundheit des Präsidenten in seinem eigenen Wahlfeldzug nicht als Argument zu verwenden. Ein direkter Angriff in dieser Richtung hätte vielleicht der demokratischen Sache mehr geschadet als genützt. Dagegen richten die Demokraten ihre heftigsten Angriffe gegen Nixon und weisen darauf hin, daß er nur einen Pulsschlag von der Präsidentschaft entfernt sei. Dadurch wird die Frage des Gesundheitszustandes des Präsidenten indirekt in den Vordergrund gerückt. Die außerordentliche Bedeutung dieses Punktes und die offensichtliche Entschlossenheit der Demokraten, den Kampf mit aller Härte zu führen (trotz der Knappheit ihrer Mittel, verglichen mit den wohlhabenden Republikanern), gibt der Kombination Stevenson-Kefauver ohne Zweifel eine Chance. Viel wird von der Stimmbeteiligung abhängen. Es ist sehr wohl möglich, daß der Mangel an Kampfparolen, der relative Friede auf der Welt und das allgemeine wirtschaftliche Wohlergehen die Bürger abhalten werden, an die Urnen zu gehen. Geringe Stimmbeteiligung ist meistens gleichbedeutend mit der Stimmabgabe jener Leute, die durch dick und dünn mit ihrer Partei gehen; es gibt aber mehr eingeschriebene Demokraten als Republikaner.

Wirkung auf die Außenpolitik

Im allgemeinen vertreten Eisenhower und Stevenson sehr ähnliche Gedanken auf dem Gebiete der Außenpolitik. Keiner von beiden zeigt eine Spur von Isolationismus. Beide sind entschiedene Anhänger der Vereinigten Nationen und der NATO und setzen sich ein für die militärische und wirtschaftliche Hilfeleistung an die Völker der Freien Welt. Beide sind überzeugt, daß die USA ihre starke militärische Stellung behalten und ihre Verbündeten dazu ermutigen müssen, dasselbe zu tun. Es ist ziemlich klar, daß die Wahl Stevensons keine grundlegende Änderung in der amerikanischen Außenpolitik zur Folge hätte.

Das heißt allerdings nicht, daß keine Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten vorhanden seien. Stevenson richtet gerade jetzt heftige Angriffe gegen die Art, wie Eisenhower die Außenpolitik leitet, besonders aber gegen die Arbeit von Staatssekretär Dulles. Die Demokraten werfen der Regierung Eisenhower vor, sie habe es fertig gebracht, daß das amerikanische Prestige und der amerikanische Einfluß auf das Ausland einen Tiefstand erreicht hätten wie nie zuvor innerhalb einer Generation. Sie legen der Regierung ferner zur Last, daß sie unsere Freunde im Ausland im unklaren lasse über Richtung und Ziel der Außenpolitik und die Verbündeten deshalb in zunehmendem Maße unsicher würden. Besonders wird Dulles (der sich in einem Artikel in einer Zeitschrift rühmte, er führe das Land bis an den «Rand des Krieges») vorgeworfen, er habe in Wahrheit, trotz seinen vielen Reden und seinen vielen Reisen, den Kreml die meisten Runden im kalten Krieg gewinnen lassen.

Ein Teil dieser Kritik scheint gerechtfertigt. Washington hat sich zum Beispiel in den letzten Jahren Indien und andere bedeutende Neutrale entfremdet. Dulles hat in seiner Rolle als großsprecherischer Wanderprediger sicher nicht immer dazu beigetragen, in der Diplomatie Fortschritte zu erzielen. Anderseits jedoch müssen des Präsidenten Plan der freien Überfliegung aller Gebiete zwecks Inspektion aus der Luft, ferner sein Vorschlag über die friedliche Verwendung

der Atomkraft und seine Bereitwilligkeit, mit den Herren des Kremls in Genf zusammenzutreffen, wo die Ehrlichkeit seiner Bemühungen aller Welt klar vor Augen geführt wurde, als Aktivposten in der Bilanz verzeichnet werden.

Stevenson verspricht, sich nach seiner Wahl dafür einzusetzen, daß der gute Wille und das Prestige ihre frühere Bedeutung wieder erlangen sollen. Er will im Kampf für einen dauerhaften Frieden mehr Phantasie zeigen. Er hat sich zwar bis heute nicht näher darüber ausgelassen, doch besteht kaum ein Zweifel, daß seine Kenntnis und sein Verständnis der Weltereignisse umfassend und tief sind. Würde er zum Präsidenten gewählt, hätten die Freunde der USA nichts zu fürchten, während die Regierungen der kommunistischen Länder unangenehme Überraschungen erleben könnten.

Beide Kandidaten müssen sich während des Wahlkampfes, wie übrigens auch in den nächsten vier Jahren der Gewählte, bei der Diskussion der Außenpolitik Beschränkungen auferlegen. Es sind innenpolitische Faktoren, die mit der internationalen Politik in Verbindung stehen, welche diese Beschränkung erfordern. Beide Parteien haben sich beispielsweise verpflichtet, sich der Anerkennung Rotchinas und seiner Aufnahme in die Vereinigten Nationen zu widersetzen. Die Verfechter dieser Auffassung gebärden sich hierzulande so laut, daß das Verkünden der gegenteiligen Meinung geradezu als politischer Selbstmord betrachtet werden muß. Die Richtigkeit dieser Ansicht ist zwar nie geprüft worden, und die Regierung Tschiang Kai-Sheks genießt vorläufig in Washington ein so hohes Ansehen, daß andere und mächtigere Verbündete der USA sie geradezu beneiden müssen. In privaten Gesprächen geben viele kompetente Kenner der Verhältnisse offen zu, daß der Sturz der rotchinesischen Regierung mehr als unwahrscheinlich sei, und das starre Festhalten an der heutigen Chinapolitik auf unbestimmte Zeit herzlich wenig dazu angetan ist, die komplizierten Probleme des Fernen Ostens einer Lösung entgegenzuführen und den Kommunismus einzudämmen.

Kann Eisenhower seinen Einfluß bewahren?

Mehr als irgendeiner der letzten Präsidenten hat Eisenhower die Macht und das Ansehen, die es ihm ermöglichen, in außenpolitischen Angelegenheiten rasch, eindrucksvoll und in dramatischer Weise zu handeln. Manchmal hat er dies getan, wie z. B. in Genf. Die Fortsetzung war allerdings mittelmäßig. Das rührt zum Teil daher, daß er im vergangenen Jahr während längerer Zeit nicht handlungsfähig war. Eine neue Amtsperiode würde ihm neue Gelegenheiten bieten, doch könnte seine Macht — über die eigene Partei und über den Kongreß — deshalb schwinden, weil diese Amtsperiode seine letzte sein müßte. Viele Politiker würden ihm möglicherweise die ihm bis heute gewährte Unterstützung versagen, nachdem sie ihm nochmals zum Amt verholfen haben würden.

Wenn Stevenson gewählt würde, hätte auch er bei der Behandlung internationaler Angelegenheiten unter politischen Einschränkungen zu leiden. Man kann damit rechnen, daß gewisse Gruppen in seiner eigenen Partei und vor allem die Republikaner des rechten Flügels sich heftig gegen «phantasievolle» Unternehmungen wenden würden, die gegen den status quo gerichtet wären.

Zusammenfassend darf also festgehalten werden, daß das Ergebnis der Wahl wahrscheinlich keine wichtigen Änderungen in der amerikanischen Außenpolitik zur Folge haben wird. Die USA wissen, daß sie die Last der Führung der freien Welt tragen müssen. Der Ausgang der Wahlen mag gewisse Änderungen in der Methode und Haltung bewirken, doch wird die Bürde der Führung getragen werden, gleichgültig wer immer siegt. Die Welt kann es sich deshalb leisten, sich zu entspannen und das Schauspiel zu genießen.

Richard J. Davis

Bericht aus Bombay

Indien, Sozialismus und der Westen

Vor wenigen Monaten brachte der Abgeordnete der Regierungspartei B. K. Mookerjee einen Gesetzesentwurf im Parlament ein, der im Rahmen der sozialistischen Ausrichtung der indischen Wirtschaft ein monatliches Höchsteinkommen von 2500 Rupien vorsah. In der Debatte ergriff Premierminister Nehru das Wort, der sich aufs schärfste dagegen wandte, Einkommen durch gesetzliche Methoden zu beschränken. In erster Linie käme es darauf an, den Lebensstandard der Millionen von Menschen zu heben, und vor allem, so führte er aus, müßte mehr und mehr produziert werden, dann erst könnte man sehen, wie sich eine gerechtere Verteilung von Einkünften vornehmen ließe. Anfang August, bei Besichtigung der staatlichen Pennicilinfabrik in Poona, sagte er in einer Ansprache an Angestellte und Arbeiter: «Wir wollen jede Art von Energie im privaten und im öffentlichen Sektor der Wirtschaft im Interesse der Nation ausnutzen.» Er lehnt, wie er es mehrfach betont hat, den dogmatischen Marxismus ab, der seiner Ansicht nach für ein Europa vor hundert Jahren seine Gültigkeit haben mochte, nicht aber für das heutige Indien. Äußerungen im gleichen Sinne von anderer autoritativer Seite ließen sich ebenfalls zitieren. Trotz alledem hat es den Anschein, als ob der indische Sozialismus im Westen vielfach als der Kinderschreck des «Schwarzen Mannes» erscheint. Daher soll hier untersucht werden, erstens durch welche Nachrichtenmittel eine derartige Meinung aufkommen konnte, und zweitens, wie es sich in der Praxis mit der sozialistischen Doktrin in Indien verhält.

Das diplomatische Ghetto

In Alt-Delhi gibt es das zwar winzig-primitive, aber dennoch berühmte Restaurant «Moti Mahal», das «Haus der Perle», in dem nur zwei Gerichte serviert werden, Huhn und Fisch, die beide mit einer seltsam harten Kruste überzogen sind, so daß man gezwungen ist, sie ohne Gabel und Messer mit der Hand zu verzehren. Hier treffen sich Minister, Botschafter, Attachés, Trade Commissioners aller Nationen, Europäer, Amerikaner und die Upper ten der Einwohner der Hauptstadt. Moti Mahal ist — cum grano salis — der einzige Platz, an dem sich die westliche Diplomatie mit Angehörigen des Landes außerhalb der beruflichen Sphäre trifft. Ansonsten lebt das diplomatische Korps und seine Gefolgschaft in einem selbst errichteten «Coctail-Ghetto», d. h. seine Mitglieder und ihre Damen kommen untereinander zusammen und legen im allgemeinen keinen Wert darauf, sich mit Einheimischen zu mischen. Natürlich gibt es Ausnahmen zu dieser Regel, aber bestimmt nicht viele, und solche hellhäutigen Leute werden von ihren anders eingestellten Artgenossen im günstigsten Falle als etwas exzentrische Originale, im ungünstigen als wider den (diplomatischen) Korpsgeist handelnd betrachtet. Es ist beinahe symbolisch, daß der Stadtteil in Delhi, in dem dieser bei der indischen Regierung akkreditierte Clan wohnt, und zum Teil auch amtiert, die postalische Bezeichnung «Diplomatic Enclave» trägt. Von hier aus werden nun die heimatlichen Ministerien usw. unterrichtet, und es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen die Gefahr einseitiger Orientierung groß ist!

Dieses seltsame Völkchen gehört überdies zur Spezies der Wandervögel. Die beinahe schon uralte Methode, Diplomaten, Konsuln, Trade Commissioners und auch das gehobene Büropersonal nach einer oder höchstens zwei Perioden von

je 2—3 Jahren zu versetzen, ist nach dem Erwachen Asiens, d. h. nachdem dieser Erdteil (bis auf einige wenige «Museumsstücke») das Kolonialjoch abgeschüttelt hat, völlig überholt. Denn es dauert lange, oft sehr lange, bis sich ein Beamter in das heute so grundlegend andersartige Milieu eingearbeitet hat. Und er ist es schließlich, der sein Ministerium, und im Falle von Handelsattachés auch die heimatlichen Wirtschaftsverbände, sachgemäß beraten soll. Es mag kein so großer Unterschied sein, wenn ein Diplomat von Brüssel nach Bern transferiert wird, aber es ist ein ganz gewaltiger zwischen Brüssel und Burma oder Italien und Indien. Ganz abgesehen von sprachlichen Schwierigkeiten ist nun einmal die asiatische Mentalität wesentlich anders als die des Westens, einschließlich der Zeitbegriffe und überhaupt der gesamten Lebensauffassung. Kommt es doch zuweilen vor, um nur ein Beispiel zu erwähnen, daß Unterhandlungen unterbrochen werden, weil der kontrahierende Inder, sei er Rechtsanwalt oder Industrieller, sich in einen «Aschram», der Wohnstätte eines Weisen, zurückzieht, um für einige Zeit ungestört seiner Religion leben zu können. Verständnislos steht der westliche (allzu materialistisch geschulte) Beobachter einer solchen Einstellung gegenüber und vergißt, falls es ihm überhaupt bekannt sein sollte, daß er es in Indien mit einem Land zu tun hat, dessen Kultur, soweit man es bis jetzt weiß, an die 5000 Jahre alt ist.

Es ist auch kein Wunder, daß man oft auf getrübte Beziehungen zwischen der Auslandskaufmannschaft eines Landes und ihrer diplomatischen Vertretung stößt. Der Kaufmann und der Ingenieur bleiben viele Jahre in den Tropen und betrachten im Zeitalter der Klimaanlagen und verbesserter sanitärer Verhältnisse ihren Aufenthalt nicht als ein heroisches Unternehmen, sondern oft als ein faszinierendes Erlebnis. Die Mehrzahl der Beamten jedoch glaubt sich vom Unglück verfolgt, daß man sie in eine dieser «hardship countries» entsandt hat. Wahrscheinlich klammern sie sich auf Grund solcher Gefühle, bewußt oder unbewußt, aneinander, anstatt Umgang mit Indern auch außerhalb ihrer Amtstätigkeit zu suchen, was die Voraussetzung für die allgemeine (und erforderliche!) Kenntnis des Landes sein sollte. Die Basis solchen Verhaltens ist jedoch eine Art von Überheblichkeit, die leider häufig unter westlichen Ausländern zu beobachten ist. Der Inder ist viel zu intelligent, als daß er dieses verschleierte Vorurteil nicht bemerken würde.

Verantwortung der Auslandspresse

Die zweite Nachrichtenquelle, durch die sich der Westen über Vorgänge politischer und ökonomischer Art informiert, ist die Berichterstattung durch die Presse. Sie ist in der Tat von eminenter Wichtigkeit, weil ihre Berichte und grundlegenden Artikel ebenfalls Behörden und Wirtschaft in ihrer Stellungnahme und ihren Maßnahmen wesentlich beeinflussen können. Die wenigsten europäischen Zeitungen und auch nur ganz vereinzelte amerikanische leisten sich heute einen eigenen hauptamtlichen Korrespondenten in Indien. Einige behelfen sich damit, daß sie mit Blättern, deren Leserschaft sich nicht überschneidet, einen gemeinsamen Berichterstatter unterhalten. Eine weitere Möglichkeit besteht für Redaktionen darin, daß sie sich von einem «Amateur», d. h. von jemandem, der sonst einen anderen Beruf, sei er Ingenieur, Kaufmann usw., ausübt, berichten lassen. Dies birgt, ohne daß sich die Schriftleitungen darüber klar zu sein brauchen, Gefahren in sich, weil der Betreffende die wirtschaftlichen und politischen Aspekte von einem einseitigen (nämlich seinem hauptberuflichen) Standpunkt aus ansieht und nicht mit der Objektivität, die man von einem geschulten und erfahrenen Journalisten erwartet. Es liegen bedauerliche Beispiele sonst gut geleiteter Zeitungen vor, die sich von Außenseitern auf diese anfechtbare Weise berichten lassen.

Hin und wieder erscheinen in Indien auch durchreisende Redaktoren, was an und für sich zu begrüßen ist. Denn sie entdecken oft Dinge, die der hier stationierte Pressevertreter als selbstverständlich hinnimmt und sie daher leicht übersehen kann. Man muß nicht gleich soweit gehen, wie jener Chefredaktor eines skandinavischen Blattes mit einer Riesenauflage, der erklärte, daß er Artikel von Journalisten, die sich nur auf kurze Zeit in Übersee aufhalten, bevorziehe, mögen sie noch so viele Falschheiten enthalten, weil sie in der Regel lebendiger geschrieben sind. Um es an einem praktischen Exempel zu zeigen, daß selbst bei bestem Willen Fehler unterlaufen können, sei das «Sonntagsblatt», die «Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft» (8. 4. 56), zitiert, in der Bischof Hanns Lilje unter dem Titel «Das Antlitz Indiens» seine Reiseeindrücke in Bombay schildert. Der an sich glänzend geschriebene und wohlabgewogene Aufsatz weist jedoch zwei bedeutende Unrichtigkeiten auf. So behauptet der Autor, daß während der Unruhen in Bombay (im Januar) ein «Ausgehverbot über die gesamte Stadt verhängt» worden sei. In Wirklichkeit waren in der Dreimillionen-Stadt einige Straßenviertel, wo die Textilbetriebe liegen und ihre Arbeiter wohnen, von der Verfügung betroffen worden. Im gesamten übrigen Bombay konnte man sich nach Herzenslust tags und nachts bewegen, ohne daß man überhaupt etwas von irgendwelchen Störungen bemerkt hätte. Es kommt aber leider noch schlimmer. Indem er von der Reorganisation der indischen Länder auf sprachlicher Grundlage spricht, gelangt Lilje zu folgendem Schluß: «Aber durch diese innenpolitische Zielsetzung schlägt unvermutet immer wieder der Fremdenhaß durch.» Der Bischof sieht den Beweis für diese These darin, daß «einer unserer würdigsten, amerikanischen Kirchenvertreter mit seinem Auto in Madras in eine solche Zusammenrottung hineingeraten» war und nur «mit genauer Not den Angriffen der erregten Menge entkommen» ist. Wo auch immer in der Welt man im Auto in erregte Massen gerät, wird man nicht gerade freundlich empfangen werden — sollte man meinen. Und ob in dem erwähnten Kraftwagen ein Amerikaner, Europäer oder Inder gesessen hätte, würde keinen Unterschied gemacht haben, wie wir es hier in Bombay erlebt haben. Immerhin — die Leser haben nun einmal den Fremdenhaß «geschluckt», den es — bis jetzt — in Indien jedenfalls *nicht* gibt! Wir haben im August des vergangenen Jahres Unruhen gehabt, als die Portugiesen an der Goagrenze auf waffenlose Männer und Frauen geschossen und an die 20 Personen getötet hatten. Bei der fast einmütig sich auf die Seite Portugals stellenden westlichen Presse hätte man sogar bis zu einem gewissen Grade eine fremdenfeindliche Haltung aufgeregter Menschenhaufen verstehen können. Es ist keinem Europäer und keinem Amerikaner auch nur ein Haar gekrümmt worden!

Wie steht es um Indiens Sozialismus?

Auch in wirtschaftlichen Artikeln oder Artikelserien sind in den vergangenen Monaten häufig einseitige Gesichtspunkte in Verbindung mit der sozialistischen Ausrichtung Indiens, von der eingangs die Rede war, in den Vordergrund gestellt worden. Die Folge davon ist, daß sich, wie wir zu wissen glauben, in manchen westlichen Staaten die Industrie und die mit ihr arbeitenden Banken in bezug auf das indische Geschäft zurückhalten. Die Ostblockländer warten nur darauf, in diese Breschen zu springen. Die Verfasser derartiger Beiträge, die sich an dem indischen Sozialismus stoßen, übersehen leicht, daß auch andere Nationen, z. B. Schweden, sozialistische Regierungen haben, was nicht ausschließt, daß kapitalistische Unternehmen trotzdem dort blühen, wie es auch in Indien der Fall ist. Und hat nicht der Westen nach dem ersten Weltkrieg große und gute Geschäfte mit den sonst verpönten Sowjets gemacht?

Was ist denn in Indien sozialisiert worden? Die «Imperial Bank of India», die schon in der Hauptsache Banktransaktionen der Regierung durchgeführt hatte,

ist als «State Bank of India», unter Abfindung der Aktionäre, nationalisiert worden, weil die Privatbanken nach Auffassung der Regierung dem landwirtschaftlichen Kredit nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hatten, eine Aufgabe, die nun die State Bank erfüllen soll. Die Erweckung des Dorfes (von 370 Millionen wohnen 3/4 auf dem Lande) durch die sogenannten «Community Projects» steht im Mittelpunkt der Fünfjahrespläne, und mit dem organisierten Agrarkredit (und der Eröffnung von 400 Depositenkassen der State Bank) soll der Aufbau der Genossenschaftsbewegung gefördert werden. Man hat die Lebensversicherungen verstaatlicht, um für die Durchführung der Pläne zusätzliche Anleihen zu gewinnen. Dabei muß objektiverweise festgestellt werden, daß sich leitende Direktoren einiger (nicht ausländischer) Versicherungen unlautere, zum Teil kriminelle Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Es braucht nur an den Fall des Großindustriellen Dalmia erinnert zu werden, der die Mittel der zu seinem Konzern gehörenden «Bharat Insurance Company» in Höhe von 18 Mill. Rupien für andere und, wie es offiziell heißt, spekulative Zwecke verwandt hat. Von den nationalisierten 56 Lebensversicherungen waren bei der Übernahme ein paar völlig bankrott und zwei weitere nahe daran.

Auf der anderen Seite läßt sich anführen, daß der ausgesprochen hochkapitalistische Tata-Konzern gerade jetzt von der Weltbank, nach gründlichster Überprüfung, einen Kredit von 75 Mill. Dollar zum Ausbau seiner Stahlwerke erhalten hat, den größten, den diese Bank seit ihrem Bestehen einem Privatunternehmen gewährt hat. Die Tatas produzieren, außer Eisen und Stahl, Lokomotiven (in Gemeinschaft mit Krauß-Maffei), Lastkraftwagen (mit Mercedes-Benz), sie kontrollieren chemische Werke, hydroelektrische Überlandzentralen, Hotels usw. Das Schweizer Haus Gebrüder Volkart, das seit über hundert Jahren in Indien arbeitet, hat mit Tata unter der Firma «Voltas Limited» vor einiger Zeit ein gemeinsames Unternehmen gestartet. Die Krupp-Demag-Kombination baut mit der indischen Regierung ein 2-Mill.-t-Stahlwerk, die britische Schwerindustrie tut mit finanzieller Garantie ihrer Regierung das gleiche, Standard Vacuum, Caltex und Shell errichten Ölraffinerien größten Ausmaßes, die Hoechster Farbwerke werden in absehbarer Zeit in Indien zu fabrizieren beginnen. Die Reihe ließe sich noch fort- und fortsetzen. Man sollte eigentlich annehmen, daß diese Industrie-Gruppen mit ihren immensen Investierungen sich nicht haben «ins Bockshorn jagen lassen» und nun lethargisch warten, bis das Fallbeil der Sozialisierung auf sie herabsaust!

Von Napoleon gilt das Wort: «Laßt China ruhen, wenn es erwacht, wird die Welt es bedauern.» Nun, Indien ist erwacht, die Welt, und zwar die westliche, sollte es nicht bedauern, sondern sie sollte im Gegenteil alles tun, diesem schuldlos unterentwickelten Lande bei seinem Aufbau zu helfen. Es handelt sich, was allein den in die Hunderte, wahrscheinlich wohl in die Tausende von Millionen Rupien gehenden Export zur Durchführung seines zweiten auf 72 Milliarden Rupien veranschlagten Fünfjahresplans betrifft, um ein sehr gutes Geschäft.

Betrachtet man die Situation Indiens jedoch nicht vom materiell-kommerziellen, sondern vom politisch-ideellen Standpunkt aus, so sollte man sich vergegenwärtigen, daß wir es mit der größten demokratischen Nation, ja überhaupt mit dem größten demokratischen Experiment unseres Jahrhunderts zu tun haben. Zwei Weltanschauungen liegen in Asien gewissermaßen im Rennen, die kommunistische in China und die demokratische in Indien, das bei seinen Wahlen im Winter 1951/52 176 Millionen an die Urne gebracht hat. Sollte diese erstaunliche Tatsache nicht allein für den Westen ausschlaggebend sein, sich nicht durch die Schreckparolen der sozialistischen Ausrichtung von Indien abzuwenden, um so mehr, da es den Anschein hat, als ob diese junge Republik nicht dem Kommunismus verfallen wird?

Ernst Schäffer

Stimmen der Weltpresse

Über das *Wesen des Kommunismus* bringen amerikanische, englische und französische Pressestimmen der jüngsten Zeit aufschlußreiche Hinweise [1]). Die kommunistischen Führer des Westens als langjährige und getreue Diener Stalins, von denen jeder einmal die Terrorherrschaft Stalins geleugnet und die Säuberungen und Hinrichtungen zu rechtfertigen versucht hat, befinden sich heute nach der Abwertung Stalins in arger Verlegenheit. Weder Togliatti und Nenni noch Thorez und erst recht nicht die kommunistischen Politikaster in England und den USA haben den Stalinismus zwangsweise akzeptiert und dem Tyrannen nur aus Furcht gedient. Sie sind dem stalinistischen Propagandabetrug zum Opfer gefallen, weil sie unter dem Zwang ihres Glauben-Wollens standen und weil sie das Wesen des sowjetischen Experiments in entscheidenden Punkten mißverstanden. Der sozialistische Staat Rußlands hat sich nicht aus den Höchstformen des Kapitalismus heraus entwickelt und daher auch ganz andere Formen angenommen als die Schüler von Marx erwartet hatten. Kennzeichnend für das Rußland Stalins war die beschleunigte Zwangsindustrialisierung des rückständigen Landes. In der Stalin-Ära ging es nicht darum, den Westen zum Sozialismus zu bekehren, sondern darum, daß Rußland den Industrialisierungsvorsprung des Westens aufholte. Das Sowjetsystem ist eine erfolgreiche Demonstration dafür, daß es möglich ist, ein Land mit primitiver Wirtschaftsverfassung kurzfristig zu industrialisieren und zu einem Machtfaktor erster Ordnung zu machen, wenn man auf den Menschenverschleiß keine Rücksicht nimmt. Die Grundformel des Stalinismus lautet «totalitärer Terror für einen unmenschlichen Zweck» — d. h. ganze Generationen werden gezwungen, sich selbst aufzuopfern, um eine primitive Agrarwirtschaft in eine fortgeschrittene Industriewirtschaft umzuwandeln. Demgegenüber beweist die Politik Nehrus in Indien, daß es neben dem Weg Stalins noch eine humanere, liberale Alternative gibt, um ein wirtschaftlich rückständiges Land zu modernisieren. Deshalb ist Nehru in Wirklichkeit alles andere als ein Strohmann Moskaus — er ist tatsächlich der einzige ernsthafte Rivale Chruschtschews und Mao Tsetungs in Asien.

Gegenüber den kommunistischen Angeboten zur Schaffung einer Einheits-Front fragen sich viele Sozialisten, ob es nicht doch auf lange Sicht eine Gemeinsamkeit der Ziele gebe, zumal sich jetzt die sowjetische Diktatur aufzulockern beginne. Sie können indessen die fundamentalen Differenzen zwischen der wahren sozialistischen und der sowjetischen Wirtschaftsauffassung nicht übersehen. Ohne Sicherung der politischen Demokratie ist die Sozialisierung der Produktionsmittel ein Betrug, der schlimmer ist als politische Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit. Solange nicht die volle Meinungs- und Koalitionsfreiheit gewährleistet ist, verfügt über das Eigentum nicht die Gesellschaft, sondern die Bürokratie, die sich zu einer neuen, herrschenden Klasse ausbildet und die eine ebenso erbarmungslose Ausbeutung betreibt wie ihre Vorgängerin. Die einzig zutreffende Bezeichnung für dieses Regime ist «Staatsdirigismus». Eine «Volkssouveränität», bei der die Arbeiter zu Herren der Wirtschaft proklamiert werden, während man ihnen anderseits das Recht der freien Meinungsäußerung abspricht, ist völlig illusorisch. Das sowjetische Beispiel zeigt überdies, daß die Verstaatlichung der Industrie unter der Diktatur das genaue Gegenteil der wirtschaftlichen Rationali-

---

[1]) Walter Lippmann: Willing Dups of Stalinism, «New York Herald Tribune», 2. 7. 56; Suzanne Labin: Dictature et collectivisme, «Le Populaire», Paris, 19./20. 5. 56; Julius Braunthal, Sekretär der Sozialistischen Internationale: The Vindication of Democratic Socialism, «Socialist International Information», London, 28. 4. 56.

sierung erreicht, und daß ihre Produktivität hinter den «anarchischen» kapitalistischen Volkswirtschaften weit zurückbleibt. Die diktatorische Bürokratie übt praktisch die uneingeschränkte Macht über die Wirtschaft und den politischen Machtapparat aus und benützt sie dazu, den Bürger auf Gnade und Ungnade zu unterjochen. Selbst die Gewerkschaften sind in der Sowjetunion offizielle Staatsorgane geworden und verwirklichen den Traum aller Ausbeuter: den Zusammenschluß aller Ausgebeuteten in einer Arbeitnehmerorganisation, die unter ihrer Fuchtel steht. Man muß klipp und klar aussprechen, daß mit der Abschaffung der politischen Demokratie auch jede Spur des Sozialismus ausgelöscht wird. Die Sowjetwirtschaft ist nichts anderes als ein staatskapitalistisches System, unter dem die Ausbeutung und die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen schlimmere Formen angenommen hat als unter jedem andern System der Welt.

Stalins tyrannische Despotenherrschaft, die heute unter Anklage steht, ist tatsächlich dem politischen System des Bolschewismus inhärent, weil dieses auf dem Machtmonopol der monolithischen kommunistischen Partei beruht, die ihrerseits den Weisungen des Politbüros unterworfen ist. Schon Lenin beseitigte jede Opposition gegen das Politbüro mit Stumpf und Stiel, hob die Presse- und die Versammlungsfreiheit auf und machte das Richteramt zu einem Werkzeug der Partei. Das System, mit dem Lenin während seiner letzten Lebensjahre herrschte, war bereits eine Einmann-Diktatur. Im Gegensatz dazu vertrat schon Rosa Luxemburg den Standpunkt, daß der Sozialismus ohne uneingeschränkte Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit undenkbar sei. Stalin hat sich nicht damit begnügt, die Gegner des Regimes zum Schweigen zu bringen, sondern hat sie auch physisch vernichtet. Millionen von Männern, Frauen und Kindern wurden entwurzelt und deportiert. Diese Ungeheuerlichkeiten sind vielleicht teilweise der Grausamkeit Stalins zuzuschreiben, in der Hauptsache aber wurzeln sie tief im kommunistischen System, das auf der Diktatur einer Elite fußt und konstitutionelle Sicherungen gegen Willkür und Machtmißbrauch ausschließt. Das Sowjetsystem ist eine kollektive Diktatur der elf Mitglieder des Politbüros, in deren Händen uneingeschränkte Macht ruht, die das Schicksal vieler Millionen Menschen und im weiteren Sinne der ganzen Welt bestimmt. Ein derartiger Despotismus kann wohl Industrialisierungswunder hervorbringen, aber keine sozialistische Gesellschaft, keine Gesellschaft freier Männer und Frauen, die gemeinsam über ihr Schicksal bestimmen.

In dem scharfsichtigen Aufsatz *Les joyeux butors du Kremlin* der Pariser Zeitschrift *Preuves* (Nr. 66) untersucht *Denis de Rougemont* die Folgen der «Liquidierung Stalins durch die Seinen». — Daß der Vorgang praktisch nur auf einen «Ikonenwechsel» herausläuft, ist von vielen Beobachtern bemerkt worden; Rougemont bringt dafür zehn Belege bei und führt den Beweis per negationem. Was hat sich seit Stalins Tod *nicht* ereignet? Vor allem das eine, daß «K. es unterläßt, konkrete Folgerungen aus seinen spektakulären Aufdeckungen zu ziehen und dadurch seine kompromittierte Stelle bewahrt. So ist er gewillt, Nutznießer der Verbrechen zu bleiben, die er ans Licht gebracht hat». Die Absicht von K's Bericht ist einfach. Es geht ihm nicht um Änderung, sondern darum, den toten Stalin zu opfern, um die Aufmerksamkeit von der Tatsache der Diktatur abzulenken, dem wahren Grund aller Verbrechen. Die Wirkungen werden also gebrandmarkt, um ihre Ursachen besser zu verschleiern. Rougemont kann deshalb am Ende seiner einleitenden kurzen Analyse sagen: «Summa summarum: der Kult der Persönlichkeit bleibt mittels einer Ikonenauswechslung erhalten. Die Diktatur bleibt mittels einer Adjektivauswechslung (Alleinherrschaft — Kollegialherrschaft) bestehen, und schließlich bleibt das letzte Gespann von Stalins Komplizen, indem es auf dessen Grab spuckt, an der Macht.» — Rougemont beschäftigt sich aber nicht mit diesen Gedankengängen, die andere schon vor ihm untersucht

haben; sein Aufsatz fragt vielmehr nach den Folgen der Entstalinisierung für die Antikommunisten, die Anhänger der Sowjetunion und für die nationalen KP's.

Antikommunistisch ist ein Adjektiv, das seit einigen Jahren bei einem Teil der westlichen Intelligenz verschrien ist. Ein Antikommunist, erklärt der Verfasser, der sich selbst in diese Kategorie einreiht, bekämpft jede Tyrannei, unter welchem Deckmantel und welcher Farbe sie auch auftritt. Der «systematische Antikommunist» vereint Ausdauer und Wachsamkeit, er weiß, daß eine Diktatur nicht teilweise verdammt, teilweise anerkannt werden darf. («Hitler hat immerhin die Autobahn gebaut» — «Die kommunistischen Ideale sind schätzenswert, nur ihre Verwirklichung ist abstoßend» usw.). Es ist angezeigt, auf diese in liberalen oder neutralistischen Kreisen herrschende Gedankenkonfusion hinzuweisen und zu unterstreichen, daß in einem totalitären Staat alles auf einen Mittelpunkt zuhält, ihm dient und von ihm gestützt wird. «Nicht systematische» Antikommunisten sehen das nicht ein, sie nennen sich darum, sagt Rougemont mit maliziöser Anspielung, «Progressisten».

Was hat K's Bericht den Antikommunisten gebracht? Nichts anderes als die fast vollständige Bestätigung aller ihrer Behauptungen. Sie hatten während Jahren versichert:

daß Stalin ein grausamer Irrer gewesen sei («der Caligula im Kreml») — daß nicht er noch der Marxismus-Leninismus den Krieg gegen Hitler gewonnen habe — daß der verherrlichte Vater der Geschichte in Tat und Wahrheit ein Geschichtsfälscher sei — daß die von ihm befohlene Ausrottung von Millionen Kulaken ebenso abscheulich wie Hitlers Judenvernichtung sei — daß die Prozesse gegen Rajk, Kostow, Slansky die Beherrschung der kommunistischen Länder durch Verbrechercliquen enthüllt haben — daß die Zwangsarbeitslager unleugbare Tatsache seien — daß die Politik des Kremls das Vertrauen untergrabe, «lokale» Kriege provoziere, die Abrüstung verhindere, somit den wirtschaftlichen Fortschritt hemme — daß der Lebensstandard der Arbeiter in kommunistischen Ländern sehr tief sei, und Arbeitskonflikte statt durch beidseitige Übereinkommen mit Tanks geregelt würden.

Punkt für Punkt hat K. den Antikommunisten recht gegeben und die Akrobatenkunststücke der kommunistischen Intellektuellen zur Verneblung eben dieser Tatsachen der Lächerlichkeit überantwortet.

Den *Befürwortern der Sowjetunion* (nach Rougemont die Anti-Antikommunisten und Pro-Kommunisten) bleibt hauptsächlich ein Argument: «da alles Angeprangerte nun unterdrückt ist, hat man fortan keinen Grund zu Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion.» Wir wissen, was davon zu halten ist. Nun geht der Autor auf eine psychologische Analyse der prokommunistischen Intellektuellen ein, die vor allem auf ihr sprachliches Bewußtsein gerichtet ist. Die Worte, die sie jahrelang verwendeten: Revolution, Gegenrevolution, Kapitalismus, Reaktion, Wille der arbeitenden Massen, Gang der Geschichte, entsprachen keiner Wirklichkeit, sondern bildeten eine selbsterfundene Mythologie, deren jedes Element das andere stützt. Einen realen Hintergrund hatten sie jedoch nicht. «Sie urteilen ehrlich und ernsthaft im Glauben an ein System von ‚Etiketten', das ihnen die Kommunisten vorgeschlagen.» Dieser Geisteszustand, diagnostiziert Rougemont, ist nicht durch schärferes Denken oder vermehrte Informationen zu ändern, nur ein Akt «vergleichbar einer religiösen Bekehrung, nur eine persönliche, innere Revolution könnte sie davon befreien».

Die Auswirkung auf die *nationalen kommunistischen Parteien* sieht der Verfasser in der *Verlegenheit vor der Freiheit.* Waren die KP's früher strikt an Moskau gebunden, so erhalten sie nun die Unabhängigkeit. Diese Autonomie verpflichtet, «nicht mehr nur zu gehorchen, sondern *zu wissen wie man gehorchen muß*». Zwei Möglichkeiten der Ausführung öffnen sich: Gehorchen und Freiheit mimen.

Dies Spiel ist aber im voraus verloren, denn die nachgeäffte Freiheit zeigt nur noch deutlicher die Verstrickung in die Vorschrift der Oberen. Oder die Freiheit wird abgelehnt, dann bleibt das Knechttum bestehen bis auf die eine Befehlsverweigerung der Freiheit. Westeuropas große KP's haben diese beiden Haltungen bezogen: erstere die italienische, letztere die französische. — Rougemont hat recht, darauf hinzuweisen, daß die Schwierigkeiten im kommunistischen Lebensbereich unlösbar sind. Selbst die Dialektik, das unentwegte Zaubermittel, wird ihrer nicht mehr Meister.

Wie der *Koexistenzwettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiete* von den Sowjets aufgefaßt wird, schildert *The World Today* (London, Juni 1956) unter dem Titel: *The Soviet Bloc and Under-Developed Countries* anhand eines eingehenden Materials in ausgezeichneter und für die Ökonomie des kapitalistischen Westens höchst aufschlußreicher Weise. Die Arbeit enthüllt schonungslos die Fragwürdigkeit der vom Sowjetblock beliebten Methoden zu politischer Beeinflussung unterentwickelter Länder, wie sie gleichzeitig die Berechtigung der Ziele in dem berühmten «Punkt-Vier-Programm» des früheren amerikanischen Präsidenten Truman untermauert. Die Kampagne der Sowjetunion und der übrigen kommunistischen Staaten in den rückständigen Gebieten der nichtkommunistischen Welt hat vom Westen das Motto «Wirtschaftshilfe» entlehnt. Nur in Ausnahmefällen handelt es sich bei dieser Form von Infiltration um Schenkungen oder um die Einräumung langfristiger und billiger Kredite. Bezeichnenderweise beschränkt sich die Unterstützung in der Regel auf den Verkauf bestimmter sowjetischer Waren zu üblichen Handelsbedingungen. Die Exportstruktur, wie sie die Volkswirtschaften in den unterentwickelten Ländern auf Schwankungen der Weltmarktpreise höchst empfindlich reagieren läßt, bewirkt zunächst eine günstige Aufnahme der sowjetischen Anbiederungsversuche. In Lateinamerika stehen Argentinien und Brasilien für den Handel mit dem Sowjetblock an der Spitze, auch Kuba spielt durch Zuckerverkäufe eine gewichtigere Rolle. Im Nahen und Mittleren Osten gehören Ägypten und Afghanistan neben Indien, Pakistan, Indonesien und Burma zu den größten Handelspartnern des Blocks. Wieweit kann nun die Sowjetunion ihre Hilfsangebote wirklich erfüllen? Das indische «Stahlprojekt», das Entwicklungsprogramm für Afghanistan, die Verpflichtungen Polens und der Tschechoslowakei zum Bau von Eisenbahnlinien und zur Errichtung von Fabriken im Osten, das Anerbieten der Sowjetunion endlich zur Lieferung von Material und Ausrüstung sowie zur Gestellung von Technikern für den Assuandamm werden in der sowjetischen Publizistik und Propaganda reichlich ausgeschlachtet. Dabei ist der Einsatz von kommunistischem Kapital auffallend niedrig. Die amerikanische Auslandhilfe nach dem Kriege, auch die englischen Leistungen aus dem Colomboplan stellen alles weit in den Schatten, was die Sowjets bisher aufgeboten haben. Auch das Gesamthandelsvolumen des Sowjetblocks mit seinen Hauptpartnern in unterentwickelten Gebieten und seine Steigerung während der letzten Jahre sind erstaunlich gering. Trotz des russischen Propagandarummels sind im Warenaustausch mit dem Sowjetblock die rückständigen Gebiete eher die Kreditgeber: so überstieg z. B. 1953 bis 1955 der Saldo zugunsten Argentiniens den mit der Sowjetunion vereinbarten Swing um rund 15 Mill. Dollars; und Ägypten exportierte 1955 in den Sowjetblock doppelt soviel als seine Einfuhr von dort ausmachte. Überhaupt tritt immer stärker — und nur zu verständlich im Hinblick auf die wachsenden Schwierigkeiten, die der kommunistische Block zu meistern sich bemüht — zu Tage, daß die Sowjetunion infolge eigenen Warenmangels nicht in der Lage ist, die in Handelsverträgen vorgesehenen Kontingente bereitzuhalten. Dazu ist auch die Anspannung ihrer Situation auf wichtigen Produktionssektoren wie dem des Maschinenbaues zu groß. Sie wird es sich nur bei einer Abkehr der Zentralplanung von der bisherigen Linie der Au-

tarkie zur Bereitstellung größerer Mittel im Außenhandelsprogramm leisten können, die Erschließung rückständiger Gebiete außerhalb des kommunistischen Lagers auf Kosten ihrer eigenen Volkswirtschaft und Rüstung voranzutreiben. So resultiert aus der vorherrschenden Lage für die künftige Politik des Westens gebieterisch die *Forderung* nach einem *großzügigen Hilfsprogramm* für die unterentwickelten Länder, in dem das Problem des Absatzes von Überschüssen an Naturprodukten ebenso der Lösung harrt wie die Bereitstellung von Kapital und technischer Hilfe.

In ihrer Julinummer publizierten die *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* die Übersetzung eines in der Zeitschrift *Socialist Commentary* erschienenen Artikels *Nehru and his Soviet visitors* des in Neu Delhi lebenden Journalisten *G. U. S. Raghavan.* Der Originalartikel ist in der Februarnummer der genannten englischen Zeitschrift publiziert worden. Die Ausführungen sind so interessant und heute noch so aktuell, daß es sich rechtfertigt, auch nachträglich darauf aufmerksam zu machen. *Socialist Commentary* wird uns von einem Londoner Gewährsmann als ernst zu nehmendes und bestes Organ der Labour-Partei geschildert, das, ohne zu streng die Parteilinie einzuhalten, naturgemäß den Labourstandpunkt vertritt. Raghavan drückt insbesondere die Besorgnis einer kleinen Minderheit indischer Intellektueller über die begeisterte Aufnahme der sowjetischen Führer Bulganin und Chruschtschew anläßlich ihres Staatsbesuches in Indien aus. Er versucht ihre Hintergründe zu deuten. Überall fanden sich überwältigende Massen ein, um die russischen Gäste zu sehen. Sie hörten ihre Propagandareden und jubelten ihnen zu, obwohl nur ein ganz kleiner Teil diese Propaganda verstand und billigte. Aber diese kleine Gruppe von Intellektuellen genügte, um für das ganze Land meinungsbildend zu werden. Sie fand Anhang nicht etwa nur darum, weil Chruschtschew mit plumpen Versprechungen wie: die Russen würden das letzte Stück Brot mit Indien teilen, großen Eindruck auf die unkritischen Massen machte, sondern vielmehr weil die russischen Reden tatsächlich nur eine Wiederholung der dauernden Angriffe Nehrus gegen die westliche Politik und vor allem den westlichen Kolonialismus waren. Seit acht Jahren hörten die Inder nichts als schärfste Kritik an den westlichen Einrichtungen und Grundsätzen und kein Wort gegen den sowjetischen Imperialismus und Totalitarismus. In Indien gibt es wohl eine freie Presse, welche die Innenpolitik rückhaltlos kritisiert, aber die Zeitungsverleger, die in ihrer Mehrheit dem Kongreß eng verbunden sind und deren politischer Ehrgeiz keine Ungnade Nehrus riskieren kann, hüten sich, des Präsidenten eigenstes Gebiet anzugreifen, auf welchem er sich nur von Krishna Menon beraten läßt: die Außenpolitik. Es ist somit die Kritik Nehrus am Westen, welche es leicht verständlich macht, daß die amerikanisch-portugiesischen Proteste gegen die russische Unterstützungserklärung im Konflikt um Goa als amerikanische Garantie für die Besitzungen der Nato-Länder in Indien ausgelegt und daher scharf abgelehnt wurden. Die Russen fanden den Boden bereits gut vorbereitet. Hier tritt aber die große Schwäche der indischen Neutralität zu Tage: Die öffentliche Meinung ist außerstande, die, trotz allen Gegensätzen, wirkliche Verbundenheit mit dem Westen einer demonstrativen Freundschaft mit der kommunistischen Welt vorzuziehen. Nehru hat es beim Besuch der Sowjetführer vermieden, seine bekannte Kritik am Westen durch eine ebensolche an der inneren Tyrannei und der expansionistischen Gefahr des internationalen Kommunismus auszugleichen, und er verzichtete damit auf einen wesentlichen Beitrag zur politischen Erziehung seines Volkes. Er war vielmehr verärgert über die westlichen Stimmen, welche seine Haltung mißbilligten. Raghavans eigentliche Frage ist nun: Droht Indien zum kommunistischen Block überzugehen? Nehrus persönliche Einstellung ist der Grund zu dieser Besorgnis, denn es darf nicht vergessen werden, daß sein intellektuelles Erbe der dreißiger Jahre stark marxistisch gefärbt

ist und daß ihn anderseits Gandhis Vermächtnis für jede Friedenskampagne sehr empfänglich macht und ihn zum Versuch verführt, den ideologischen Fremdenhaß Rot-Chinas und Rußlands durch Vertrauen zu mildern. Die Sorge, daß die öffentliche Meinung mit der Zeit dem Westen gegenüber übertrieben feindlich, den kommunistischen Nachbarn aber gefährlich freundlich sein wird, ist somit durchaus gerechtfertigt. — Die hier wiedergegebene Beurteilung der umstrittenen Persönlichkeit Nehrus deckt sich nicht mit der Darstellung unseres Korrespondenten in Bombay.

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

Konjunkturpolitik

Während der Berichtsperiode standen für die Wirtschafts-Zeitschriften die akuten Probleme der *Konjunkturpolitik* im Vordergrund des Interesses. Es ist daher angebracht, der Behandlung dieses Themas in der Presse hier ausführlicher zu gedenken. Der Hamburger *Wirtschaftsdienst* (Heft 5, Mai 56) und die Frankfurter *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* (Heft 13, 1. 7. 56) beschäftigen sich mit der Bedeutung der Zölle in der Konjunkturpolitik. Der Wirtschaftsdienst verweist darauf, daß Zolländerungen als handelspolitische Werkzeuge von langfristigen Auswirkungen begleitet sind, und daß die Ablehnung seitens der Regierung beantragter Zollsenkungen im Parlament Preiserhöhungen auslösen muß. Dr. *Werner Gatz* bezeichnet in der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* die volkswirtschaftliche Problematik von Zollsenkungen als außerordentlich vielseitig; alles in allem begrüßt er einen Zollabbau, weil dieser das Maß an Freiheit der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten erhöhen und zu optimaler Verwendung aller Produktionsfaktoren beitragen kann. In den durch die Vielseitigkeit ihres Inhaltes bemerkenswerten deutschen *Gewerkschaftlichen Monatsheften* vom Mai 56 referiert Dr. *Karl Kühne* über ein Werk mit dem Titel: «La Science Economique et l'Action», das von der Unesco in der Reihe «Wissenschaft und Gesellschaft» mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten *Pierre Mendès-France* und dem Nationalökonomen *Gabriel Ardant* als Verfasser herausgegeben wurde. Als Kernthese stellen die Autoren den Satz auf: weil die Volkswirtschaftstheorie der zwanziger Jahre die Heilmittel nicht richtig verschrieb, kam es zum großen geschäftlichen Zusammenbruch nach 1930. Heute gilt es, aus dem damaligen Fehlschlag die richtige Lehre zu ziehen. Zur Stabilisierung der Konjunktur empfiehlt Mendès-France die Anwendung der modernen Beschäftigungslehre, wie sie von Keynes 1936 entwickelt worden ist; ihren Schwerpunkt sieht Mendès-France in einer Koordinierung aller antiinflationären Maßnahmen. Auf der letzten Jahresversammlung der «Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft» ergingen sich Wissenschafter, an ihrer Spitze Professor Dr. *Edgar Salin* (Basel), in recht düsterer Prognose für die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage; die Zürcher Halbwochenzeitung *Finanz und Wirtschaft* lehnt in der Ausgabe vom 22. 5. 56 diesen Pessimismus als der tatsächlichen Situation widersprechend ab. Auch gelegentlich der Generalversammlung der Neptun Transport- und Schiffahrts AG., Basel, über deren Verlauf die *National-Zeitung,* Nr. 265, 12. 6. 56, unter der treffsicheren Überschrift: «Plage der Prosperität» berichtete, kam ein ausgesprochener Konjunkturpessimismus zum Wort. Die Zeitschrift der deutschen Handelskammer *Deutschland-Schweiz* macht in ihrer Nr. 6, Juni 56, auf die Verschärfung der Konjunkturspannungen in der letzten Zeit aufmerksam, die aller-

dings nach Beobachtungen des Blattes in der deutschen Wirtschaft intensiver auftreten als in der Schweiz. In der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 15. 5. 56 warnt unter dem Titel: «Konjunktur-Ketzereien» der auch den Lesern der «Schweizer Monatshefte» aus Beiträgen bekannte Mitherausgeber *Volkmar Muthesius* vor Überschätzung der durch konjunkturelle Maßnahmen gegebenen Möglichkeiten; im Konjunkturzyklus sei dem Geschäftsmann die letzte Verantwortung nicht abzunehmen, auch nicht mittels relativer Verknappung des Geldes. Ob wir uns wirklich heute im Vorfeld einer Depression nach Art derjenigen von 1929 befinden, untersucht *Finanz und Wirtschaft* am 10. 7. 56. Die Zeitung verneint die Frage: die ökonomischen Gegebenheiten deuteten auf das Gegenteil hin. Im 26. *Jahresbericht* der Basler *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*, der mit einer Fülle wertvollsten Text- und statistischen Materiales zu den Problemen der Währungs-, Handels- und Produktionspolitik aufwartet, finden wir über die Möglichkeiten und Grenzen der Währungspolitik zur Konjunktursteuerung Gedankengänge, wie sie die «Schweizer Monatshefte» in früheren Nummern in Auszügen aus Artikeln des volkswirtschaftlichen Beraters der BIZ *Per Jacobsson* in den Vierteljahresberichten der Skandinaviska Banken wiedergegeben haben. *Finanz und Wirtschaft* vom 12. 6. 56 nennt die übersetzten Lohnforderungen in den USA die größte Gefahr für einen ungestörten Ablauf des Produktionsprozesses. Darüber hinaus vermittelt der *Wirtschaftsdienst* (Heft 6, Juni 56) einen allgemeinen Rundblick über die Konjunkturpolitik im Ausland; für die Schweiz zieht er eine Parallele zur deutschen Wirtschaftslage und rät hier, wie bezüglich anderer Staaten, von Radikalkuren ab. Die heute neu in unsere Berichterstattung aufgenommene Zeitschrift der *Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände,* ein Schwesterorgan der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* mit kongruenten Zielen, öffnet ihre Spalten in Nr. 11 von 5. 6. 56 Dr. *Herbert Stich* (Nürnberg) zur Prüfung der Frage, ob und wie die Lohn- als Konjunkturpolitik verwendbar ist. Mit den bewährten Instrumenten der Konjunkturpolitik wird man — so meint der Verfasser — nur dann Erfolg haben, wenn die Sozialpartner in der Lohnpolitik ihre Gruppeninteressen den gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Erfordernissen unterordnen. Die (österreichische) *Industrie* (Nr. 27, 7. 7. 56) nennt endlich als neue Aufgabe für die Staatsverwaltung die «Strukturpolitik». Darunter versteht sie die von Bundeskanzler Raab in seiner Regierungserklärung vom 4. 7. 56 ausgesprochene Absicht, einen strukturellen Gesundungsprozeß in der österreichischen Wirtschaft einzuleiten, vor allem dadurch, daß an die Stelle der bisher beliebten Verstaatlichung von Betrieben eine Dezentralisierung des Eigentums treten soll. Zum Abschluß dieses der Konjunkturpolitik gewidmeten Abschnittes sei dem Leser ein originelles Gedicht nicht vorenthalten, das wir in den *Bonner Heften* vom 20. 6. 56 gefunden haben:

«Die Wirtschaft, die man ‚Wunder' nennt,
zeigt sich jetzt konjunkturbulent,
und alles stöhnt auf weiter Flur:
Konjunktur — Konjunktur...
Minister sieht man konjunkturnen,
sie denken an die Wähler-Urnen
und schwören bei der Preis-Dressur:
Konjunktur — Konjunktur...
Die Gegner reden despektabel
vom Konjunkturmbau wie in Babel
und seh'n voll Hoffnung auf die Uhr:
Konjunktur — Konjunktur...
Doch keiner spricht, dem hoch der Hut geht:
‚Uns geht es schlecht, weil's uns zu gut geht!'

Drum, lieber Gott, erhalt uns nur,
leicht abgekühlt, die Konjunktur!»

Internationale Wirtschaftspolitik

Nach diesem Abstecher in die politische Poesie können wir uns bezüglich der übrigen Schwerpunkte des Inhaltes in den Wirtschafts-Zeitschriften der Referatsperiode kürzer fassen, zumal wesentlich neue Gedanken hier selten zu Tage treten. Aus dem Bereiche der *internationalen Wirtschaftspolitik* begegnet das Wirken der *Europäischen Zahlungsunion,* deren Geltung um die Mitte 1956 wieder um ein Jahr verlängert wurde, ebenso wie der auf der Stelle marschierende Plan der *Währungs-Konvertierbarkeit* nur recht geringem Interesse. Hier sind es bloß *La Suisse Horlogère* (Nr. 20, 17. 5. 56) und die *Schweizerische Politische Korrespondenz* (Blatt 1496, 4. 7. 56), die sich mit der Stellung der Schweiz in der EZU beschäftigen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich legt in ihrem schon erwähnten 26. Jahresbericht u. a. auch Rechenschaft über ihre Tätigkeit als Agent der EZU ab und macht zahlenmäßig unterbaute Mitteilungen über Abrechnungen der Union und über deren Gold- und Devisenbestände. Ebenso wirken die Gegenwartsprobleme der *Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (OEEC) nicht aktuell genug, um lebhaftere Aufmerksamkeit auszulösen. Es sind nur die *Neue Zürcher Zeitung* (Nr. 1539, 28. 5. 56) und wieder *La Suisse Horlogère* (Nr. 29, 19. 7. 56), die auf Vorträge des Delegierten des Bundesrates bei der OEEC, Minister Dr. *Gérard Bauer,* bei verschiedenen Veranstaltungen über die Ziele der von ihm betreuten internationalen Behörde eingehen. Etwas lebhafter, entsprechend seiner erhöhten politischen Bedeutung, wird der Geschäftsbereich der *europäischen Integration* unter Einschluß von *Euratom* in der Wirtschaftspresse beobachtet. Da auch hier weitreichende Projekte nicht recht vom Fleck kommen wollen, spricht die Hamburger Wochenschrift *Die Zeit* in ihrer Nr. 19 (10. 5. 56) prononziert von der *Schlafkrankheit der Integration.* Über den Stand dieser Integration im Frühjahr und Sommer 1956 begegnet man Berichten in den deutschen *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (Nr. 4, April, und Nr. 7, Juli, 56) und aus der Feder des vorher zitierten Ministers Dr. *Bauer* solchen in der *Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* (Nr. 2/56), in den *Bonner Heften* (Nr. 12, 20. 6. 56) und in der *Revue Economique Franco-Suisse* (Nr. 6, Juni/Juli 56). Auch die recht umfassend orientierte *Suisse Horlogère* spricht in Heft 30 vom 2. 8. 56 von der europäischen Zusammenarbeit und beklagt den Stillstand der Liberalisierungsaktion, während sie die Fortschritte in Richtung auf «Euratom» lobend registriert. Das in seinem Ursprung auf eine Initiative des belgischen Außenministers Paul-Henri Spaak zurückzuführende Projekt des *Gemeinsamen Marktes,* zunächst zwischen den Mitgliedstaaten der Montanunion, wird von der Wiener *Industrie* (Nr. 18, 5. 5. 56) und der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* (Nr. 21, 25.5. 56) gewürdigt.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Nachbarländern

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und *Frankreich* wurden auch im letzten Halbjahr von der *Revue Economique Franco-Suisse* aufmerksam verfolgt und kommentiert. Der Warenaustausch 1955 ist Gegenstand eines mit Ziffermaterial reichlich versehenen Artikels von *Henri Weißenbach* in der Märzausgabe 1956, und für Interessenten am Frankreichgeschäft wird die Beilage: «Le régime des échanges commerciaux entre la France et la Suisse» zum Maiheft 1956 wertvoll sein. Der Sekretär der österreichischen Handelskammer in der Schweiz Dr. *F. X. Martin* beschäftigt sich in Heft 20 der Wiener *Industrie* vom 19. 5. 56 mit Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten in der wirtschaftlichen Struktur der Schweiz und *Österreichs.*

Amerikanische Wirtschaftspolitik

In Nachwirkung der Uhrenzollerhöhung stößt in der Wirtschaftspresse des letzten Halbjahres die *Zollpolitik* der USA immer noch auf mit Argwohn gepaarte Beachtung. Am 12. 4. 56 spricht im Leitartikel ihrer Nr. 15 *La Suisse Horlogère* von der «fièvre horlogère à Washington»; sie vermerkt in Heft 18 vom 3. 5. 56 mit Mißfallen die neue amerikanische Offensive gegen «le surempierrage», bringt in Nr. 22 vom 31. 5. 56 den englischen und französischen Text eines Gesetzentwurfes Mills-Reed im Repräsentantenhaus zur Verhinderung des Einbaues natürlicher oder künstlicher Edelsteine in Uhrwerke und antwortet endlich am 21. 6. 56 (Nr. 25) mit Nachdruck auf den amerikanischen Protektionismus. — Die Hilfeleistung für *unterentwickelte Länder,* den bekannten «Punkt 4» aus dem Regierungsprogramm *Trumans,* macht die Wiener *Industrie* (Nr. 16, 21. 4. 56) zum Gegenstand einer redaktionellen Untersuchung, mit der sie die österreichische Wirtschaft auffordert, sich in die technische Zusammenarbeit zwischen Ost und West stärker als bisher einzuschalten. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* gedenkt in ihren Nrn. 23 und 26 1956 der jüngsten Darlegungen von Bundesrat Petitpierre in La Chaux-de-Fonds und im Nationalrat über die Förderung zurückgebliebener Gebiete. *Finanz und Wirtschaft* vom 8. 5. 56 berichtet über ein Referat des Verwaltungsratspräsidenten Dr. h. c. *C. J. Abegg* in der Generalversammlung der Nestlé AG. vom 3. 5. 56, dessen Schwerpunkt auf der Darstellung der Notlage in den unterentwickelten Ländern lag. — Einen interessanten Ausblick auf den *amerikanischen Markt* der Zukunft tut *Challenge* im Maiheft 1956. Der Hamburger *Wirtschaftsdienst* (Juli 1956) behandelt «die Wachstumsrate der amerikanischen Volkswirtschaft».

Westen — Osten

Auch die Beobachtung der Geschäftslage in den kommunistischen Ländern des *Ostens* und ihrer ökonomischen Beziehungen zum demokratischen Westen ist in der Wirtschaftspresse der Berichtsperiode nicht von der betonten Eindringlichkeit wie die der konjunkturellen Entwicklung.

Die aus geographischen Gründen mit den örtlichen Verhältnissen in ihren Nachbarstaaten besonders vertraute Wiener *Industrie* vom 31. 3. 56 enthält genauere Angaben über das Wachstum des *Ost-West-Handels* in den Jahren 1954 und 1955. Ihre Ausgabe vom 14. 4. 56 widmet einen recht interessanten Bericht dem in der Tschechoslowakei tobenden Kampf um das Außenhandelsmonopol. Das Hamburger *Sonntagsblatt* (Nr. 27, 1. 7. 56, Herausgeber Bischof Lilje) bezeichnet den Osthandel und insbesondere denjenigen mit der Sowjetunion als erwünscht. *La Suisse Horlogère* vom 10. 5. 56 kommentiert in zustimmendem Sinne die amtliche Verlautbarung über die Verhandlungen der Engländer mit Bulganin und Chruschtschew anläßlich ihres Besuches in London — Das gleiche Blatt erörtert in seinem Heft 17 vom 26. 4. 56 die Bedeutung des Beschlusses von Moskau, die Kominform aufzulösen. Der Nr. 63 (7. 8. 56) der *Finanz und Wirtschaft* mit Nachrichten über den Stand der wachsenden Arbeitslosigkeit im Osten sei entnommen, daß z. B. in Polen die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Unbeschäftigten von 5100 Ende 1950 auf 20 000 Ende 1954, 30 700 am 1. 4. 55 und 47 000 ein Jahr später gestiegen ist.

Innerstaatliche Wirtschaftspolitik

Von Pressestimmen aus dem Fache der *innerstaatlichen Wirtschaftspolitik* ist zunächst zu den Problemen von *Löhnen und Preisen* auf das 6. Heft der vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement herausgegebenen *Volkswirtschaft* zu

verweisen; dort hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit die Gesamtergebnisse der Lohn- und Gehaltserhebung in der Schweiz vom Oktober 1955 ermittelt und seine Schlußfolgerungen daraus gezogen. Im Hamburger *Wirtschaftsdienst,* Heft 4, 1956, kann man die Niederschrift eines Meinungsaustausches über die Entwicklungstendenzen der Produktionskosten-Faktoren verfolgen. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* bringt am 1. 6. 56 den Aufruf des «Zentralverbandes schweiz. Arbeitgeber-Organisationen» zur Lohn- und Preislage; in ihm verweist der Verband auf die Gefahren einer weiteren Erhöhung der Preise und Nominaleinkommen. Auch die mit den Heften 28/29 vom 13. (in französischem) und 30/31 vom 27. 7. 56 (in deutschem Wortlaut) des gleichen Blattes reproduzierte Aussprache des Verbandspräsidenten Dubois auf der Delegiertenversammlung vom 3. 7. 56 klingt aus in eine Mahnung zu ökonomischer Disziplin und Vorsicht. — In bezug auf *Steuerfragen* haben wir mit Interesse den Leitartikel: «Überfiskalität führt zu Poujadismus» in Nr. 30 der *Finanz und Wirtschaft* vom 13. 4. 56 gelesen; nach dem Urteil des Blattes droht in Westeuropa der Staat zum sozialistischen Bankier zu werden. Ebenso verdient in der *Steuer-Revue* (Nr. 4, April 1956) eine Abhandlung des Redaktors Dr. *Heinz Schmutz:* «Staatshilfe mit Folgen, aber ohne Nutzen», eine kritische Betrachtung der HOVAG-Aktion, die Aufmerksamkeit des Lesers. — Endlich möge eine Orientierung über «Stand und Aufgaben der Schweizer *Landesplanung*» durch den St. Galler Professor Dr. *H. Gutersohn* in Nr. 3 (Mai/Juni 1956) der Zürcher Zweimonatszeitschrift *Plan für Landes-, Regional- und Ortsplanung* hervorgehoben werden.

* * *

Wie üblich sei auch unser heutiges Referat mit einer gedrängten Charakteristik sonstiger beachtlicher Artikel aus weiteren Gebieten des Wirtschaftslebens abgeschlossen. So erfährt die Industrie des Wallis eine mit Bildern versehene Beschreibung im Märzheft 1956 der *Svizzera Industriale e Commerciale.* Der April 1956 bringt in der Hauszeitschrift der deutschen Hoesch-Werke AG. *Werk und wir* «Londoner Impressionen». Der Präsident des Verwaltungsrates der Escher, Wyß AG., *Schmidheiny,* referierte am 10. 4. 56 auf einer Tagung des Betriebswissenschaftlichen Institutes an der ETH über «die Aufgabe der Führung in der Industrie». Der Vortrag wurde in den Nrn. 16 und 17 der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* zum lesenswerten Abdruck gebracht. Der den Lesern der «Schweizer Monatshefte» bekannte, in Indien lebende Schriftsteller *E. N. Shaffer* (Bombay) verbreitet sich in Heft 5 des Hamburger *Wirtschaftsdienstes,* Mai 1956, über «die Verquickung von Politik und Wirtschaft in Südasien». Er behandelt das Thema mit Beziehung zu Afghanistan, Pakistan, Indien, Ceylon, Nepal, Burma, Thailand zusammen mit Indochina sowie Indonesien; überall in diesen meist noch jungen Ländern wird mit Enthusiasmus gearbeitet, es verlohnt sich für den Westen, sich mit Persönlichkeiten von Format aus Diplomatie und Unternehmerschaft an dem Aufschluß von Südasien zu beteiligen. *Finanz und Wirtschaft* gedenkt in Nr. 53 vom 3. 7. 56 des hundertjährigen Jubiläums der Schweizerischen Kreditanstalt an der Spitze des Blattes. Das gleiche Organ enthält am 10. 8. 56 (Nr. 64) einen warnenden Hinweis auf das «übersteigerte Export- und Investitionsfieber»: die unaufhörliche Ausweitung der Produktionskapazitäten mit dem Blick in eine nicht übersehbare ferne Zukunft muß ebenso Besorgnis erwecken wie die Exportsteigerung mit allen Mitteln, namentlich in Richtung auf schlecht geleitete Staaten mit mangelhaft organisierter Volkswirtschaft. Mit der Aufforderung des genannten Organs zu Zurückhaltung und weisem Abwägen haben wir hier den Anschluß an die vorher wiedergegebenen Stimmen zur konjunkturellen Lage gefunden.

Hans Posse